



Es war nicht allein der Vietnamkrieg, der die Protestbewegungen von 1968 entfachte. Doch spielte er eine besonders wichtige Rolle für die Politisierung junger Menschen, in Westdeutschland ebenso wie den Philippinen. Unser Autor berichtet als teilnehmender Beobachter von den Aktivitäten, Ansätzen und Problemen der damaligen AktivistInnen.

Kampagne zugunsten von Kriegsdienstverweigerern
Quelle: joelsolkoff.com

»Kommt herunter vom Balkon«

Beobachtungen aus der 68er-Bewegung in der BRD und in Südostasien

24

von Rainer Werning

► Die »68er-Bewegung« war ein weltweites Phänomen. Sie erfasste Großstädte in den USA sowie in Ost- und Westeuropa ebenso wie im damals so genannten Trikont (Asien, Afrika, Lateinamerika). Die jeweils innenpolitischen Nuancen dieser Revolte fielen sehr unterschiedlich aus.

Doch all die weltweiten Proteste wurden überwölbt von dem außenpolitischen Thema schlechthin – der US-amerikanischen Aggression gegen das, was Frankreich als sein Kolonialkonstrukt

»Indochina« genannt hatte und womit Vietnam, Kambodscha und Laos gemeint waren.

Immer wieder gab es auch in Westdeutschland diese wirkmächtigen Bilder des ersten »telegenen« Krieges aus dem fernen Vietnam in der allabendlichen Tagesschau, inklusive der »Bodycounts« von hochrangigen US-amerikanischen Militärstrategen. Mehrheitlich unterstützt wurden sie von christlich-demokratischen PolitikerInnen, in deren geschlossen antikommunistischem Weltbild (ein wesent-

liches Relikt der Nazi-Ära) der von Washington ausposaunte Feldzug für »Freedom & Democracy« in Südostasien für bare Münze genommen und als gerecht begrüßt wurde.

Gegen den Vietnamkrieg

► In Westdeutschland besonders bedeutend war zweifellos der auf Initiative des SDS zustande gekommene »Internationale Vietnam-Kongress« am 17. und 18. Februar 1968 in Westberlin, sowie im Anschluss daran die beeindruckende internationale Solidaritätsdemonstration mit der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL. Die Schlusserklärung dieser Konferenz enthielt ein Sechs-Punkte-Aktionsprogramm, das auf bemerkenswerte Weise die Vorwegnahme einer »Globalisierung von unten« bedeutete.

Im Einzelnen ging es bei dem Aktionsprogramm um »Solidarität mit der FNL« um »Aufklärungsaktionen unter den GIs mit dem Ziel, die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen«; um die Kampagne »Zerschlagt die NATO« mit Aktionen und Demonstrationen gegen deren Militärstützpunkte in Westeuropa; um die Organisation von Hafenarbeiterstreiks dort, wo »Rüstungsgüter für die US-Aggression in Vietnam verschifft« wurden; um die Einrichtung einer »Dokumentationszentrale gegen den Missbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegführung« (was vor allem die Ausarbeitung ausgeklügelter Aufstands- und Bekämpfungsprogramme betraf; und schließlich um den Appell, in allen westeuropäischen Ländern eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über Konzerne (zu starten), die als »Produktionsstätten für Vernichtungswaffen am schmutzigen Krieg verdienen«.

Die Vietnam-Großkundgebung im Februar 1968 bildete den bis dato größten Höhepunkt eines internationalistischen Engagements, das es zuvor in den 1960er Jahren der Bundesrepublik erst im Falle zweier Staatsbesuche gegeben hatte. Das betraf den Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombé im Jahr 1964 (er war an der Ermordung von Patrice Lumumba beteiligt, der Galionsfigur im Unabhängigkeitskampf gegen die belgische Kolonialmacht) und die Visite des Schahs von Persien Anfang Juni 1967, bei der der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten tödlich getroffen wurde.

Wirrungen in den USA

► In den USA selbst waren es Intellektuelle wie Noam Chomsky, Edward S. Herman, Michael T. Klare und Howard Zinn, die Aktionen gegen den Vietnamkrieg vollumfänglich unterstützten und mit Gleichgesinnten dafür sorgten, dass etliche desertierte GIs in Kanada oder in skandinavischen Ländern Unterschlupf fanden und vor der drakonisch strafenden US-Militärgerichtsbarkeit geschützt waren.

Unglaublich, aber wahr: Zig Jahre nach dem Kriegsende und der für die USA ebenso schmachvollen wie bitteren Niederlage in Vietnam schrieb der »Falke aller Falken«, der Ex-US-Verteidigungsminister und spätere Chef der Weltbank, Robert S. McNamara, in seinen Memoiren 1995: »Was Vietnam betrifft, so haben wir uns geirrt, schrecklich geirrt (...) die angenommene ‚nordvietnamesische Gefahr‘ ist während des Kalten Krieges vollkommen überbewertet worden. (...) Der Vietnamkrieg war ein furchtbarer Irrtum.« Und das nach Jahren systematischer Zerstörung und Gewalt mit mehreren Millionen toten VietnamesInnen, LaotInnen und KambodschanerInnen inklusive 58.000 ums Leben gekommener GIs! 1997

erschien dieses Buch auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel »Vietnam – Das Trauma einer Weltmacht«.

Die philippinische Variante der »68er-Bewegung« ist durch die Verquickung von besonderen internen mit externen Faktoren geprägt, die bereits auf die Gründung der Republik der Philippinen am 4. Juli 1946 zurück gehen. Es war bezeichnend für den neokolonialen Charakter des Staates, dass sein Gründungs-Tagesdatum mit dem der vormaligen Kolonialmacht USA zusammenfiel. Im ersten Jahrzehnt der jungen philippinischen Republik waren die Herrschenden in Manila und ihre transpazifischen Lehrmeister in den USA vorrangig damit befasst, der einst starken Hukbalahap das Rückgrat zu brechen (also der Antijapanischen Befreiungsarmee, die sich später in Volksbefreiungsarmee umbenannte).

Vor allem mittels der Vereinten US-Militärberatungsgruppe (JUSMAG) – seinerzeit das Entscheidungszentrum sämtlicher militärischer und strategischer Belange der Regierung in Manila – gelang es den alten Kolonialherren, philippinische Innenpolitik mühelos als erweiterte US-Außenpolitik zu

gestalten. Sachwalter eines solchen Kottaus war Mitte der 1950er Jahre ein ausgesprochener Darling Washingtons – der vom Verteidigungsminister zum Präsidenten aufgestiegene Ramon Magsaysay. Gleichzeitig war er ein Produkt der sich in den USA formierenden Public-Relations-Industrie.

Als einzige Ex-Kolonie der USA in Asien bildeten die Philippinen in Südostasien das Zentrum strikt antikommunistischer Ideologien in der Ära des Kalten Krieges. In Manila entstand ebenfalls Mitte der 1950er Jahre mit der SEATO das südostasiatische Pendant zur NATO – um die Sowjetunion und die Volksrepublik China militärstrategisch einzudämmen. In den Philippinen unterhielten die USA mit dem Marinestützpunkt Subic Naval Base und der Luftwaffenbasis Clark Air Field die größten außerhalb Nordamerikas gelegenen Militärbasen.

Diese beiden Stützpunkte bildeten denn auch – von thailändischen Basen abgesehen – die größten und wichtigsten logistischen Zentren der US-amerikanischen Kriegführung gegen Vietnam, Laos und Kambodscha. Von ihnen aus waren pausenlos B-52-Bombergeschwader im Einsatz, um ihre tödliche Fracht – inklusive Giftgasen und Napalm – über dem verhassten »Vietcong« abzuwerfen. (Merkwürdig war die selbst unter internationalistischen Linken kritiklose Übernahme des Begriffs »Vietcong«. Damit waren im abschätzigsten Sinne seitens des US-Militärs und des südvietnamesischen Vassallenregimes »vietnamesische Kommunisten« gemeint. Einer der skandierten Slogans anlässlich des Vietnam-Kongresses in Westberlin lautete: »Kommt herunter vom Balkon, unterstützt den Vietcong!«)

Aus westeuropäischer linker Perspektive blieben die Philippinen und ihre Rolle im Vietnamkrieg aus unerfindlichen Gründen ein weißer Fleck. Ich habe es mehrfach erlebt, dass selbst politisch aufgeschlossene Internationalisten im damaligen Westdeutschland die Philippinen für eine Art Gewürzmischung hielten. Die politischen Prozesse dort und die Kämpfe der Studierenden, der Transportarbeiter, der Pachtbauern und der kritischen Intelligenz blieben lange Zeit gänzlich unbekannt.

Vielorts in Asien

► In der Volksrepublik China befand sich zu jener Zeit die Große Proletarische Kulturrevolution auf ihrem Höhepunkt. Sie wurde neben der vehementen Kritik am Vietnamkrieg zu einer weiteren

Selbst Internationalisten hielten die Philippinen für eine Art Gewürzmischung

zentralen Bezugsgröße der internationalistischen Linken. Während in Birma (heute Myanmar), Malaysia und Thailand noch kommunistische Parteien gegen die jeweiligen Zentralregierungen kämpften, herrschten in Südkorea und Indonesien mit Park Chung-Hee beziehungsweise General Suharto zwei Militärdiktaturen, die dort ganz im Sinne ihrer US-amerikanischen Mentoren äußerst erfolgreich blutige Konterrevolutionen exekutiert hatten. Im Falle Indonesiens hatten sie weit über eine Million Opfer zur Folge sowie die physische Vernichtung der vormals weltweit drittstärksten kommunistischen Partei, der PKI.

Einen Sonderfall bildete Japan, wo bereits 1948 der Alljapanische Allgemeine Verband der studentischen Selbstverwaltungen (kurz: Zengakuren) als linksradikale Dachorganisation von Studenten entstanden war. Er organisierte schon während des Koreakrieges von 1950-53 Protestmärsche. Vor allem im Kampf der politischen Linken gegen den Sicherheitsvertrag mit den USA spielte der Zengakuren eine Schlüsselrolle. Auf dem Höhepunkt der Demonstrationen und Straßenschlachten mit der Polizei organisierte Zengakuren am 20. Mai 1960 die Erstürmung des Parlamentsgebäudes. Ein im Sommer desselben Jahres geplanter Besuch von US-Präsident Eisenhower musste aus Sicherheitsgründen kurzerhand abgesagt werden. Am 15. Juni 1960 wurden bei einer Großdemonstration auf dem Campus der Universität Tokio über 500 Studenten verletzt, einer getötet. Am 15. Juli trat Premierminister Nobusuke Kishi schließlich zurück.

In dieser Phase zunehmender Radikalisierung spaltete sich Zengakuren in verschiedene Gruppierungen auf, die dann ihrerseits mit der Kommunistischen Partei Japans oder anderen linken Parteien sympathisierten. Wie weltweit andernorts auch, gab es 1968 breite landesweite Protestbewegungen gegen den Vietnamkrieg, gleichzeitig aber auch gegen Umweltverschmutzung und Enteignungen von Bauern sowie Widerstand gegen die rasche Urbanisierung mit all den damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Im Oktober 1968 kam es in der Metropole Tokio zu tagelangen Unruhen, an denen sich auch ArbeiterInnen beteiligten. Das Parlamentsgebäude, Polizeistationen, die US-Botschaft und der Bahnhof Shinjuku wurden von Protestierenden angegriffen oder zeitweilig besetzt.

»Erster Vierteljahressturm«

► Ins Zentrum der Kämpfe auf den Philippinen rückten ab dem Jahreswechsel 1968/69 zwei bedeutsame Organisationen: Die auf maoistischer Grundlage neu konstituierte Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) und die Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF) im vorwiegend muslimischen Süden des Archipels. Bereits zuvor, am 30. November 1964, war mit der Kabataang Makabayan (Patriotische Jugend, kurz: KM) eine politische Gruppierung entstanden, die als spätere Jugendorganisation der CPP maßgeblichen Anteil daran hatte, die Studierenden und die kritische Intelligenz ideologisch, politisch und organisatorisch für ihre Ziele einer volksdemokratischen Revolution zu gewinnen.

Der KM ging es darum, »die drei Hauptübel Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus« mittels eines Guerillakrieges zu überwinden. Ende März 1969 entstand denn auch als Nachfolgerin der zwischenzeitlich aufgegebenen Hukbalahap die New People's Army (NPA). Gemäß Mao Tse-Tungs Diktum galt es, im Zuge eines langwierigen Volkskrieges die Städte von den

Dörfern her einzukreisen und schließlich einzunehmen. Als Pflichtlektüre und Vademecum galten für Kader und Interessierte gleichermaßen das »SND« und das »PSR« – das Buch »Struggle for National Democracy« und das Buch »Philippine Society and Revolution«, beide aus der Feder des CPP-Gründungsvorsitzenden José Maria Sison alias Amado Guerrero.

Zur Bastion des studentischen Protests entwickelte sich der Campus der renommierten staatlichen University of the Philippines (UP) in Diliman, Quezon City. Dort gelang es der zunächst kleinen Gruppe der KM zusehends, neue Mitglieder zu werben und die Zuhörerschaft auf den zahlreichen Kundgebungen stetig zu vergrößern. An Themen mangelte es nicht: Es ging um akademische Freiheiten, koloniales Gebaren der Universitätsleitung, die Marionettenrolle der eigenen Regierung vis-à-vis den USA, den Vietnamkrieg und die tiefe Verstrickung philippinischer Verbände in diesen Krieg, um ausufernde Korruption und Vetternwirtschaft, Massenarmut und vieles mehr.

Kriegsrecht gegen Protestierende

► Ab Anfang 1970 wurde »FQS«, der First Quarter Storm, zum Inbegriff von Protest, Revolte und Widerstand. Er verstand sich auch als Zweite Propaganda-Bewegung in Anlehnung an die Endjahre der spanischen Kolonialzeit (1892-98), als Personen wie Marcelo H. del Pilar, Emilio Jacinto, José Rizal und Andrés Bonifacio die ideologischen und politischen Grundlagen legten, um den verhassten Kolonialherren und Mönchsorden den entscheidenden Schlag zu versetzen.

Präsident Ferdinand E. Marcos, nach einem blutigen und kostspieligen Wahlkampf 1969 wiedergewählt, hielt am 26. Januar 1970 seine »State of the Nation Address«. Unerwartet für die aufgezogenen Sicherheitskräfte hatten sich etwa 50.000 StudentInnen, ArbeiterInnen, Bauern und Personen der Mittelschicht vor dem Kongressgebäude in Manila versammelt, um ihre Version der Lage der Nation lautstark vorzutragen. Es kam zum Handgemenge und schließlich zu einer wahren Prügelorgie der zwischenzeitlich mit zirka 7.000 Mann herangerückten Polizisten und Soldaten. Zahlreiche Demonstranten wurden teils schwer verletzt. Marcos verkündete mit sonorer Stimme, »ein Mob, aufgestachelt von Kommunisten« hätte alles daran gesetzt, »Anarchie zu sähen«.

Die Auseinandersetzungen eskalierten, als sich am 30. und 31. Januar AktivistInnen vor dem Präsidentenpalast Malacanang versammelten und sich anschickten, dort eines der Tore aufzubrechen. Da die Polizei nicht Herr der Lage werden konnte, ließ Marcos Sonderkommandos aus den Provinzen herbeischaffen. Massiven

Tränengaseinsätzen folgten scharfe Schüsse in die Menge der Demonstranten. Vier Studenten erlagen ihren mehrfachen Schussverletzungen, Hunderte wurden verletzt.

Diese Ereignisse waren das Fanal für landesweite Protestkundgebungen und Demonstrationen. Seit dem Frühjahr 1970 verging kaum ein Tag im Großraum Manila, an dem nicht in mindestens einem Bezirk gegen die Regierung protestiert wurde. Politische Straßentheater wirkten wie ein Magnet. Dorthin zog es nicht nur politische Agitatoren der Studierenden- und ArbeiterInnenschaft, sondern auch Leute aus gut situierten Familien, TagelöhnerInnen, Kleinbauern und städtische Arme. Besonders auffällig war die Hilfsbereitschaft der unterschiedlichsten Menschen, DemonstrantInnen mit Essen und Trinken zu versorgen und sich um Verletzte zu kümmern. Einen

»Dare to Struggle, Dare to Win! Serve the People!«

großen Schutz und eine wichtige Hilfe lieferten Jeepneyfahrer. Sie brachten viele gefährdete politische AktivistInnen aufgrund ihrer hervorragenden Ortskenntnisse rasch in Sicherheit oder transportierten sie – notfalls auch kostenlos – an vereinbarte Treffpunkte, wo Menschen sich wieder neu formierten, um weitere Protestmärsche zu organisieren.

Im Frühjahr 1971 entstand auf dem UP-Campus die kurzlebige *Diliman Commune* mit dem eigenen Radiosender »Bandilang Pula« (Rote Fahne) und einer gleichnamigen Publikation. Auch hier gin-



Jungs sagen Nein zum Vietnamkrieg (in Philadelphia)

Foto: Julia Ryan

gen die Sicherheitskräfte mit äußerster Brutalität gegen die Studierenden vor. Für etliche von ihnen war das der Wendepunkt, endgültig eine akademische Laufbahn und ein behütetes Zuhause aufzugeben und sich für ein Leben im politischen Untergrund oder für den bewaffneten Kampf in den Reihen der NPA zu entscheiden.

Zahlreiche enge FreundInnen und wunderbare GefährtInnen aus jenen Tagen, unter ihnen namentlich Tony Tagamolila vom studentischen UP-Organ *The Philippine Collegian* und Babes Calixto von der *College Editors' Guild of the Philippines*, opferten ihr Leben für eine Sache, von deren Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit sie stets felsenfest überzeugt waren – den (notfalls bewaffneten) Kampf gegen ein Regime, das schließlich im September 1972 landesweit und mit ausdrücklichem Segen Washingtons das Kriegsrecht verhängte und mit diktatorischen Methoden alles niederwalzte, was noch Dissens und Widerstand wagte. Hätten sie noch die Wahl gehabt, eine Inschrift für ein ordentliches Grab zu wählen, hätten darauf gewiss diese drei Kurzzeilen gestanden: »Makibaka, huwag matakot! (Kämpft und fürchtet euch nicht!) Dare to Struggle, Dare to Win! Serve the People!«

Gegenwärtige Vergangenheit

► Was bleibt nach fünf Jahrzehnten zumindest mit Blick auf die Philippinen anzumerken? Erstens: Die im *First Quarter Storm* politi-

sierten und sozialisierten Menschen bildeten den Kern einer jungen kritischen Generation, die jahrelang im Kampf gegen die Marcos-Diktatur ideologisch hegemonial wirkten. Erst nach der Ermordung von Marcos' schärfstem Rivalen, Ex-Senator Benigno »Ninoy« Aquino, im August 1983 schickten sich auch nennenswerte Kreise des Bürgertums an, auf die Straße zu gehen und regimekritische Töne anzuschlagen.

Zweitens: Das tragischste Kapitel der philippinischen »68er-Bewegung« bildeten die vor allem auf Mindanao und in Luzon Mitte der 1980er Jahre durchgeführten »Säuberungen« innerhalb der CPP/NPA. »Säuberungen« ist eher ein verharmlosender Begriff für die Exekution von GenossInnen, die nach militärischen Rückschlägen der NPA (meist fälschlicherweise) in Verdacht geraten waren, der gegnerischen Seite zugehört zu haben. Den Grund für diese kriminellen Handlungen sehe ich in militaristischen Tendenzen. Während Marcos stets schwadronierte, die CPP/NPA binnen kurzer Zeit »völlig aufzureiben«, setzten Letztere dem das Konzept des »totalen Sieges« entgegen. Wenn zwei Totalitätsansprüche aufeinanderprallen und seitens einer Linken das Gewehr höher bewertet wird als politische Richtlinien, dann schürt das einen letztlich selbstzerstörerischen Militarismus.

Drittens: Die Chance, nach dem Marcos-Sturz im Februar 1986 bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung ein Jahr später eine grundlegende gesellschaftspolitische Wende einzuläuten, verstrich ungenutzt. Die Linken waren zu dem Zeitpunkt zu schwach und leckten ihre Wunden. Und die Rechten erhielten unerwartet Auftrieb durch die Unterstützung solcher Ex-Bluthunde des Marcos-Regimes und prototypischer Wendehälse wie Ex-Polizeichef Fidel V. Ramos sowie dem früheren Verteidigungsminister und späteren Senatspräsidenten Juan Ponce Enrile.

Viertens: Diese Konstellation begünstigte fortan die Politisierung des Militärs und die Militarisierung von Politik. Der jetzige Präsident Rodrigo R. Duterte instrumentalisiert das in seinem »Antidrogenfeldzug« und im »Kampf gegen den Terrorismus« knallhart für seine Zwecke. Auf die Neuauflage eines wie immer gearteten »*First Quarter Storm*« darf man gespannt sein.

► **Rainer Werning** ist Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien. Im Frühjahr 1973 besorgte er die deutsche Übersetzung von »PSR« (Philippinische Gesellschaft und Revolution) im Münsteraner VKT-Verlag, das all jenen als Einstiegslektüre diente, die ab Ende der 1970er Jahre mit der Gründung der Aktionsgruppe Philippinen e.V. den Kern des später bundesweiten Philippinen-Solidaritätsnetzwerks bildeten.

Eine längere Fassung dieses Textes steht auf www.iz3w.org